

Brexit Reaktionen aus Niedersachsen

„EU kann den harten Brexit abschwächen“

Bernd Lange, Chef des Handelsausschusses des Europaparlaments, warnt aber vor wirtschaftlichen Brüchen.

Braunschweig. Mit Bernd Lange, dem Vorsitzenden des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments, sprach Andre Dolle. Lange wohnt in Burgdorf bei Hannover.

Es war keine große Überraschung mehr, aber war das Ergebnis der Brexit-Abstimmung im britischen Unterhaus ein Schock für Sie?

Nicht mehr, denn das Ergebnis war ja absehbar. Es ist klar, dass es keine Mehrheit bei den britischen Konservativen für den verhandelten Austrittsvertrag mit der EU gibt. Weiter kann die EU den Brexiters in der konservativen Partei aber nicht mehr entgegenkommen. Es war kein Schock, das Ergebnis stellt jedoch große Herausforderungen auf die Tagesordnung.

Ist eine gütliche Trennung mit Großbritannien weiter möglich?

Na klar. Dieser Vertrag hatte zwar keine Mehrheit, weil die konservativen Hardliner ihn nicht mitgetragen haben. Sie wollen mehr. Aber es gibt die schottische Partei, die nordirische Partei und auch die Labour-Partei um Jeremy Corbyn. Diese bemühen sich um einen Vertrag, der in eine ganz andere Richtung geht. Sie favorisieren eine permanente Zollunion, ein Modell Norwegen oder Schweiz. Diese beiden Länder sind nicht Mitglied der EU, sind aber wirtschaftlich eng angelehnt. Es kommt jetzt sehr darauf, wie Premierministerin Theresa May agiert. Ob sie stur versucht, den Hardlinern entgegenzukommen. Oder ob sie versucht, eine Kooperation mit Labour, Neuwahlen oder ein zweites Referendum einzuleiten.

Die Gefahr eines chaotischen Brexit ist nun aber so groß wie nie.

Diese Gefahr ist da. Angesichts der spezifischen Konstellation im britischen Unterhaus kann es tatsächlich sein, dass es nicht möglich ist, eine vernünftige Lösung herbeizuführen. Die EU wappnet sich für einen harten Brexit. Wir bereiten 14 Gesetzgebungen vor, zusätzlich noch 30 Implementations-Maßnahmen, um die Folgen abzuschwächen. Wirtschaftlich und politisch wäre ein chaotischer Brexit natürlich fatal.



Der Burgdorfer Bernd Lange (SPD) während einer Sitzung des Europäischen Parlaments.

FOTO: CHRISTIAN CREUTZ / EUROPÄISCHE UNION

Zur Person

■ Bernd Lange wurde 1955 in Oldenburg geboren, aufgewachsen ist er in Varel im Landkreis Friesland. Er studierte evangelische Theologie und Politik in Göttingen. Lange wurde Lehrer an einem Gymnasium in Burgdorf bei Hannover, seinem Wohnort. Seit 1994 sitzt das SPD-Mitglied im Europäischen Parlament. Er war beteiligt an über 30 Gesetz-

gebungen im Vermittlungsausschuss zwischen Europäischem Parlament und Rat, bei mehreren davon als Verhandlungsführer des Parlaments. Seit 2014 ist er Vorsitzender des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments. Von der US-Zeitung Politico wurde Lange auf Platz 15 der wichtigsten Europaabgeordneten aufgelistet.

Sie haben es schon angedeutet: Die Gegner des Brexit-Vertrages mit der EU haben in Britannien unterschiedliche Motive. Was heißt das für die Strategie der EU? Die Hardliner betreiben Rosinenpückerei. Ansonsten wollen sie die völlige Unabhängigkeit gegenüber der EU. Denen dürfen wir nicht ent-

gegenkommen. Sonst wäre Großbritannien ein ganz normaler Drittstaat ohne besondere Beziehungen zur EU. Es war zwei Jahre lang ein großes Problem, zu wissen, was der Verhandlungspartner will.

Bleibt die in Großbritannien besonders kritisierte Garantie für

eine offene Grenze in Irland – der sogenannte Backstop – für die EU unerlässlich?

Das ist so. Es war viel Energie nötig, um das Karfreitagsabkommen zwischen Irland und Nordirland vor mehr als 20 Jahren abzuschließen. Das werden wir nicht aufgeben. Damals waren auch viele aus dem Europäischen Parlament beteiligt. Der Nordire John Hume hat dafür den Friedensnobelpreis erhalten. Es gibt täglich gut 50.000 Pendler auf beiden Seiten. Die ehemalige Grenze ist gar nicht mehr zu sehen. Das darf man nicht infrage stellen. Da wabert es noch. Das Karfreitagsabkommen ist ein wichtiges Momentum. Die vom Labour-Chef Corbyn ins Spiel gebrachte permanente Zollunion der Briten mit der EU würde das Backstop-Problem weitgehend lösen.

Der Brexit am 29. März naht. Kann die EU mit den Briten auf die Schnelle einen Plan B zimmern?

Ja. Wenn sich eine Lösung abzeichnet, kann man natürlich auch eine Fristverlängerung für den Brexit ins Spiel bringen. Ohne eine wirkliche Neuorientierung der Briten wird es eine Verlängerung aber nicht geben können.

Spätestens noch vor der Europawahl im Mai muss doch Klarheit herrschen, oder?

Es hat natürlich keinen Sinn, die Briten bei der Europawahl angesichts ihres Austrittswillens abstimmen zu lassen. Auch das müsste man vertraglich regeln. Alles andere würde die Spannungen in der britischen Gesellschaft nur unnötig weiter anheizen.

Was ist mit einem zweiten Referendum in Großbritannien? Die Umfragewerte haben sich zuletzt verschoben.

Neben einer Kooperation der Konservativen mit Labour und Neuwahlen ist ein weiteres Referendum die dritte Option. Das Problem ist jetzt, dass die Zeit fehlt, diese drei Optionen vernünftig miteinander abzuwägen. Deshalb wird ein chaotischer Brexit ja auch immer wahrscheinlicher. Die jetzige Regierung tut sich äußerst schwer, eine ver-

nünftige Lösung hinzubekommen. Für ein erneutes Referendum sind vier bis fünf Monate Vorbereitungszeit notwendig. Der 29. März würde in diesem Fall gerissen werden. Wir brauchen möglichst schnell klare Ansagen, was die nächsten Schritte sind. Der Ball liegt nun im Spielfeld der Briten.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier sagte, bei einem ungeregelten Brexit würden alle verlieren. Ist die EU nicht stark genug?

Bei einem chaotischen Brexit gibt es große wirtschaftliche Brüchen. In der Automobil-Industrie zum Beispiel gibt es eine sehr verflochtene Wertschöpfungskette. Die Kurbelwelle etwa wird in Frankreich hergestellt, in Deutschland veredelt, in Großbritannien ins Auto gebaut, das wiederum nach Deutschland zurückverkauft wird.

Bei einem harten Brexit gibt es Zollkontrollen, unterschiedliche Qualitätsstandards. Was ist zum Beispiel mit den Flugrechten? Niedersächsische Fischer könnten nicht mehr ins britische Hoheitsgebiet hinein. All das würde erhebliche Verwerfungen mit sich bringen. Klar ist aber auch, dass wir in der EU die Fähigkeit haben, das abzuschwächen. Großbritannien wird wesentlich mehr darunter leiden. Dieses Bewusstsein ist bei den Briten gewachsen. Deshalb gibt es ja das starke Ringen um eine vertragliche Lösung.

Die britische Abgeordnete Janice Atkinson sagte am Mittwoch im Europäischen Parlament: „Wir brauchen euch nicht. Lasst uns gehen und Britannien wieder großartig machen.“ Was denken Sie, wenn Sie so etwas hören?

Das ist Populismus in Reinkultur. Es kann in einer globalisierten Welt keine absolute Souveränität von einzelnen, kleineren Staaten mehr geben. Es ist eine absolute Illusion der Briten, zu glauben, man würde wieder großartig werden, wenn man vollkommen allein die Segel setzt. Ein harter Brexit wäre der größte Fehler, den die Briten machen könnten – und der größte Souveränitätsverlust in der Geschichte Großbritanniens.

„Mahnung, was Populismus anrichten kann“

Ministerpräsident Weil äußert scharfe Kritik.

Hannover. Viele Politiker aus Niedersachsen haben sich am Mittwoch besorgt über die britische Ablehnung des Brexit-Deals geäußert. Eine Auswahl:

Ministerpräsident Stephan Weil (SPD): „Der Brexit sollte uns eine ernste Mahnung sein, was Populismus anrichten kann. Wenn nicht diverse politische Akteure im Rahmen des Brexit-Referendums bewusst falsche Behauptungen und Schauermärchen über Europa in die Welt gesetzt hätten, wäre es nicht zum Austritt Großbritanniens gekommen.“

David McAllister, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Europaparlament (CDU): „Nun liegt es an der britischen Regierung und ebenso an den britischen Abgeordneten, einen konstruktiven Weg nach vorne aufzuzeigen. Es gilt, einen ungeregelten und ungeordneten Austritt aus der EU ohne eine Übergangsphase zu verhindern.“

Bernd Althusmann, Wirtschaftsminister (CDU): „Die Ablehnung des Brexit-Abkommens durch das britische Unterhaus ist ein schwerer Schlag für die Europäische Union, die Briten selbst und nicht zuletzt für unsere niedersächsische Wirtschaft, die mit einem Handelsvolumen von rund 9,9 Milliarden Euro eng mit der britischen verflochten ist. Unsere Unternehmen stehen vor der riesigen Herausforderung, sich kurzfristig auf den nun immer wahrscheinlicheren harten Brexit einzustellen. Die niedersächsischen Unternehmen, die Geschäftsbeziehungen zum Vereinigten Königreich haben, rufe ich nun noch stärker dazu auf, sich auf einen ungeordneten Brexit vorzubereiten.“

Barbara Otte-Kinast (CDU), Agrarministerin: „Ein ‚harter Brexit‘ würde unmittelbar Grenzkontrollen und die Erhebung von Zöllen nach sich ziehen. Angesichts der Handelsmengen wären ein erheblicher zusätzlicher Aufwand bei den zuständigen Behörden und auch Verzögerungen in der Abwicklung zu erwarten. Die niedersächsische Agrarwirtschaft hat ein großes Interesse an engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen.“

Europaministerin Birgit Honé (SPD): „Ich appelliere an die britische Bevölkerung in Niedersachsen, sich mit dem Gedanken an eine doppelte Staatsbürgerschaft zu befassen. Bei einem harten Brexit würde das Vereinigte Königreich ein Drittland wie Bangladesch. Für die hier lebenden Briten hätte dies den Entzug der Freizügigkeit zur Folge.“

Stefan Birkner, Landeschef der FDP: „Ich bedauere die Entscheidung des britischen Unterhauses, den ausgehandelten Vertrag abzulehnen. Die Chancen auf einen geordneten Austritt der Briten aus der EU sind damit deutlich gesunken. Die Bundes- und Landesregierung sind nun gleichermaßen gefordert, alles zu unternehmen, um dieses No-Deal-Szenario bestmöglich vorzubereiten. Für die Menschen in Großbritannien und die hier lebenden Briten tut es mir sehr leid, zu sehen, wozu Populismus führen und wie er ein ganzes Land spalten kann.“

Sorge der Wirtschaft vor chaotischem Brexit wächst

Unternehmen hoffen auf einen geregelten Austritt. VW warnt vor dem Verlust von Investitionen und Jobs.

Von Christina Lohner

Braunschweig. Die Finanzmärkte ließ die Ablehnung des Austrittsabkommens durch das britische Parlament erst einmal kalt – Händler und Investoren waren wohl vorbereitet. Doch in der Wirtschaft wächst die Sorge vor dem in vielen Augen schlimmsten Fall: dem ungeregelten Brexit. Zahlreiche Wirtschaftsvertreter und Ökonomen sagten am Dienstag, ein solches „No-Deal“-Szenario sei nun wahrscheinlich. Laut Lars Heidemann, Außenwirtschaftsexperte der IHK Lüneburg-Wolfsburg, wäre es eine „Katastrophe“.

Denn ohne große Vorlaufzeit wäre Großbritannien für die hiesigen Unternehmen plötzlich ein Drittland wie die USA oder Brasilien – mit völlig neuen Rahmenbedingungen wie etwa Zöllen. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag rechnet für diesen Fall mit bis zu zehn Millionen zusätzlichen Zoll-

anmeldungen pro Jahr allein für deutsche Unternehmen sowie mehr als 200 Millionen Euro an zusätzlichen Kosten allein für diese „Zollbürokratie“.

Hinzu kämen Verzögerungen in den Lieferketten. Schon jetzt werden Lager gefüllt – was der heutigen Produktionskultur widerspricht, wie Anje Gering erläuterte, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der IHK Braunschweig; heute werden Werke zeitlich genau abgestimmt beliefert. Durch insgesamt steigende Kosten wird sich in einigen Fällen das bisherige Geschäft gar nicht mehr lohnen, wie Heidemann vorrechnete.

Solange ein harter Brexit nicht abgewendet ist, befänden sich die Unternehmen in einer ganz schwierigen Situation, stellte Gering fest. Sie rechnet mit einer Verlängerung der Austrittsfrist, bis im Mai ein neues Europäisches Parlament gewählt sein wird. „Wenn dadurch der harte Brexit vermieden würde, wäre es

aus Sicht der Wirtschaft natürlich wünschenswert.“ Auch Heidemann hofft auf einen geregelten Austritt: In einer Übergangsphase könnten sich die Unternehmen langsam an die neuen Bedingungen anpassen.

„Unsicherheit ist für Unternehmen immer Gift“, betonte der Außenwirtschaftsexperte. VW mahnte deshalb schnelle Klarheit an: Jede weitere Verzögerung gefährde Investitionen und Arbeitsplätze in der Autoindustrie, warnte ein Konzernsprecher. Die Branche ist besonders betroffen, wie auch Maschinenbau, Landwirtschaft, oder Chemieindustrie.

Gerade für Niedersachsen ist Großbritannien ein wichtiger Handelspartner. Bei den Ausfuhrer liegt es auf Platz drei nach Frankreich und den Niederlanden, wie die IHK Niedersachsen (IHKN) betonte – knapp die Hälfte beziehe sich auf Fahrzeuge und deren Komponenten. Aus unserer Region pflegen nach Angaben der Kammern rund



„Die Gesamtsituation ist für unsere exportorientierte Wirtschaft besorgniserregend.“

Anje Gering, stellvertretende Hauptgeschäftsführerin der IHK Braunschweig

140 Unternehmen engere Geschäftsbeziehungen zum Vereinigten Königreich. Manche haben dort auch Standorte – niedersächsische Unternehmen sind laut IHKN mit 18.000 Mitarbeitern in dem Land vertreten. Für VW etwa ist es nach

Deutschland der zweitgrößte europäische Absatzmarkt. Die 553.000 dort im vergangenen Jahr ausgelieferten Wagen entsprachen 5,1 Prozent der weltweiten Auslieferungen.

Auch die Wirtschaftsvereinigung Stahl warnte vor „gravierenden negativen Folgen gerade für die stahlbasierten Wertschöpfungsketten“ im Falle eines ungeregelten Austritts. Knapp 10 Prozent der indirekten Stahlimporte aus Deutschland – stahlhaltige Güter – entfielen auf Großbritannien. Wie auch andere Wirtschaftsvertreter appelliert der Verband an die Entscheidungsträger, sich für einen geregelten Brexit einzusetzen – oder im besten Fall sogar einen Verbleib in der EU.

Die Brexit-Unsicherheit fällt ausgerechnet in ohnehin unruhige Zeiten, etwa wegen der weltweiten Handelskonflikte. Gering: „Die Gesamtsituation ist für unsere exportorientierte Wirtschaft besorgniserregend.“